

# Saale-Zeitung.

Siechenunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenzahl oder deren  
Ramen mit 30 Pf. solche aus Halle mit  
20 Pf. berechnet und in der Expedition,  
von unteuer Annoncenstellen und allen  
Annoncen-Expeditionen angenommen.  
Kleinanzeigen die Seite 75 Pf.  
Erhalten wöchentlich 10 Pfennig;  
Sonntags und Montags einzeln,  
sonst monatlich 1 Pfennig.  
[Der Abdruck unserer Original-Artikel  
ist nicht gestattet.]

Bezugspreis

Der Halle vierteljährlich 2,50 M., bei  
jährlicher Zahlung 7,75 M., durch  
den Post 3,25 M., auswärts Zustellungs-  
gebühr. Bestellungen werden von allen  
Nachspeditionen angenommen.  
Aus sämtlichen Zeitungs-Bergedien  
unter Nr. 6516 eingetrag.  
Für die Redaktion verantwortlich:  
S. B. Dr. W. B. in Halle.  
Erscheinenszeiten von 10<sup>h</sup> bis 12<sup>h</sup> Uhr.  
[Zensurpreis: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.]

Nr. 364. Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 6. August 1903.

## Umsatz und Reichstagswahlrecht.

Die Entwürfe des „Vorwärts“ über die schwarzen  
Pläne des Herrn Gieseler und die von ihm in Aussicht  
genommene „Nationalen-Flugblatt-Propaganda“ haben in poli-  
tischem Deutschland, soweit es nicht von vornherein sozial-  
demokratisch ist, nirgends besondere Aufregung hervorgerufen.  
Gieseler hätte von niemand einen Auftrag, der auf die  
Initiative zu einer solchen Wahlrechtsänderung irgend einen  
nennenswerten Einfluß hätte. Immerhin gibt es in  
Deutschland Leute genug, die mit dem Gedanken der Wahl-  
rechtsänderung spielen. Man darf auch nicht leugnen, daß  
in unseren konservativen Regierungskreisen genug Leute vor-  
handen sind, die hielten sie eine Wahlrechtsänderung für  
möglich, ihr gar nicht abgeneigt sein würden. Aber Ge-  
danken sind so frei — wer wollte das in Deutschland abstreiten,  
wo politische Theoretiker so billig sind wie Brombeeren!  
Und zu Taten mit ihren unabsehbaren inneren Kämpfen  
wird kein einziger namhafter Politiker die Hand reichen.  
Die Unruhe darüber würde nie wieder aus unserem öffent-  
lichen Leben verschwinden. Der „Vorwärts“, der von einer  
geheimen Camorra phantastisch, die „Erdredliche“ für den  
Theoretiker unserer Verfassung, sollte an das Unkraut  
theoretischer Umformpläne denken, mit denen er und seine  
ganze Proletariatstafel täglich das sozialdemokratische  
Selbstgefühl speist, ohne daß die bürgerliche Presse  
dabinter entsetzliche geheime Beschränkungsmaßnahmen  
witterte. Je feiner aber die sozialdemokratische Presse an  
ihren Macht- und Umsatzzwecken festhält, um so natür-  
licher ist es auch, wenn als Reaktion darauf hier und da  
mit dem Gedanken einer Wahlrechtsänderung gespielt wird.  
Vielleicht wird darum diese Bewegung noch weiter wachsen.  
Von Herrn Gieseler aber kann man sagen: die Gänge, die  
des Morgens zu früh krähen, kehrt am Abend die Frage,  
Gieseler die Sozialdemokratie hört auf, mit ihren revolu-  
tionären Maximsprüche zu spielen, oder diese  
Bewegung wird weiter anwachsen. Wohlgehehrt:  
die liberale Klasse, die die Sozialdemokratie sich um-  
gepöngt hat, täuscht heute viele unter den Linksextremen  
durch, daß es ihr in erster Linie gar nicht um die  
Durchführung liberaler Grundzüge im Staatsleben zu tun  
ist. Wäre es so, müßte jeder das Wachstum der Sozial-  
demokratie mit Freuden begrüßen. Sozialismus (geistliche  
Verzögerung der Schwadern) und Liberalismus  
(Freiheit für die Kräfteentfaltung aller!) scheiden sich als  
Staatsprinzipien aus wie Feuer und Wasser. Die Sozial-  
demokratie benutzt nur all die vollstimmigen Forderungen  
der Freiheit des einzelnen gegenüber der Verwaltung und  
dem Beamtentum, der Freiheit des persönlichen Denkens,  
der Freiheit der Kunst und Wissenschaft, der Hebung des  
Einflusses der Volksvertretung gegenüber dem Monarchen, der  
Förderung von Handel und Wandel, der Aufrechterhaltung des  
gleichen Wahlrechts — all diese Ideale des Liberalismus be-  
nutzt sie lediglich als Vorspann für die weitere Samm-  
lung von Wählerstimmen, mit der sie dann nicht die Herr-  
schaft des liberalen Bürgertums, sondern die Herrschaft  
der Arbeiterklasse herbeiführen will. In ihren noch  
heute maßgebenden Vertretern Debel und Kautzky be-  
trachtet sie diesen Sieg der Arbeiterpartei noch nicht einmal  
als eine nationale, sondern als eine internationale  
Angelegenheit. Sie möchte mit Hilfe des ausländischen  
„Proletariats“ womöglich das deutsche Bürgertum nieder-  
werfen.

Solange die Sozialdemokratie so denkt, — und sie weiß  
die politische Unersättlichkeit des Durchschnittsdeutschen treff-  
lich zu benutzen, um diesen Hauptzweck immer wieder bei  
Behandlung der Einzelfragen, wo es ihr gerade paßt, zu  
verflechten — solange noch immer die dem Liberalismus  
zunehmenden Vernichte, Heine, v. Wolfram mehr  
oder weniger Generale sind ohne Arme, ist es durchaus  
natürlich, daß auf bürgerlicher Seite infolge des An-  
wachsens der Sozialdemokratie ängstliche Gemüter sich zu-  
sammenscharen unter dem Wahlspruch: „Solange wir noch  
die Herrschaft haben, laßt sie uns nützen, ehe das  
Proletariat uns niedergeworfen hat.“ Der „Vorwärts“  
mag nicht vergessen, daß für die Plebisiten-Attalen auf  
die Volkswerte, wie sie Dr. Gieseler und seine Freunde  
aufführen, er selbst und seine Trabanten die Signale geblasen  
haben.

So kommt es denn, daß Possinisten von dem letzten An-  
wachsen der sozialdemokratischen Stimmen nicht die all-  
mächtige Umbildung der Partei, sondern das rote Gespenst  
einer Herrschaft des vierten Standes befürchten. Und da  
liegt es natürlich nahe genug, daß sie dies Gespenst am  
besten mit einer neuen Formel für das Reichstagswahlrecht  
beschwören zu können meinen. Der Herausgeber einer  
Zeitungskorrespondenz in Berlin hat sich mit einer Reihe  
„bemerkenswerter“ Persönlichkeiten darüber unterhalten, wie  
sie den sozialdemokratischen Plänen auf Ausschaltung des  
Bürgertums als politischen Wahlaktors gegenübersehen.  
Da hat z. B. der Leiter einer großen, am öffentlichen Leben  
sehr interessierten Arbeitergesellschaft auf die Bemerkung  
des Fragers, daß der Regierung bei der heutigen Lage  
nichts leichter bleibe: entweder eine Änderung des Wahlrechts  
oder der Übergang zu einem vollstimmigen, mehr oder  
weniger im ersten Reine — vielleicht könne man auch  
an die Verfolgung beider Wege zugleich denken — folgendes  
erwidert:

„Ganz meine Ansicht, die Kombination beider Wege!“ Aber  
Graf Bismarck ist für den einen wie den andern Mann der  
richtigen Mann. Auf die weitere Frage: „Vielleicht liegt  
die Antwort darauf, sie einzuschlagen, weniger in der Person  
des Grafen Bismarck, als darin daß das Bürgerium, soweit

es durch seine Geschichte und seine politischen Anschauungen  
mit dem beliebenden Staat verwarden ist, es an sich selbst  
läßt“, antwortete der betreffende Herr: „Doch mag für  
die Vergangenheit zum Teil gelten haben. In der Zukunft  
wird es anders werden. Es hat an der rechten Dienstbarkeit  
geleidet. Die Stimmung ist jetzt dafür, Opfer zu bringen.  
Die Geschichte lehrt, daß noch kein Volk die Herrschaft des  
Demos auf die Dauer vertragen hat. Es gibt Völker, die auch  
ein demokratisches Wahlrecht vertragen können, ohne daß es  
zu einer Herrschaft des Demos im höchsten Sinne führt. Das  
deutsche gehört nicht zu diesen Völkern. Wir haben die  
Nachwachen der kleinen Verfassungen, unter denen wir in der  
Vergangenheit gelebt haben, noch lange nicht genug über-  
wunden, um mit dem demokratischsten aller Wahlrechte arbeiten  
zu können. Der zur Vertretung der Lebens-  
bedingungen von Staat und Volk erforderliche  
Wahl ist bei uns noch nicht genügend geneigt der  
Gebildetsten, gewöhnlich dem des kleinen Mannes.“

Der Herr vergaß, daß es in unserm Erziehung- und Schul-  
wesen noch Mittel und Wege genug gäbe, um durch etwas  
mehr politische Unterweisung, die an der Hand der  
Geschichte und der gegenwärtigen politischen und  
wirtschaftlichen Lage in Deutschland und der Welt beju-  
bringt den schwersten sozialistischen Irrtümern be-  
zukommen. Unsere Jugend sollte aus dem Himmel der  
Theorie mehr auf den Boden realpolitischen Denkens herab-  
geholt werden. Der Versuch hierzu müßte gemacht werden!  
Als Gegenmaß läßt der Berliner Journalist die Neuerung  
eines Mannes folgen, der, seiner Stellung nach nicht ganz  
ohne Einfluß auf den Gang der Dinge in Preußen ist:

„Gewiß — so erklärt er — hat Bismarck uns seinerzeit  
das Reichstagswahlrecht, so wie es ist, gegeben. Aber gerade  
Bismarck wäre der Erste gewesen, es zurückzuziehen,  
wenn er unter öffentlichen Leben unter diesem Wahlrecht  
gekommen hat. Nur muß man sich vor Unterlassung der  
des Reichstagswahlrechts, die man sich mit der Einführung  
ausgesprochen hat, nicht mit langer Hand vorbereiten  
sein, und bei uns ist nicht daran zu denken. Freilich, es  
gibt genügend Momente, die man benutzen kann. Ein solcher  
Moment war z. B. gekommen, als die Reichstags-  
mehrheit dem kaiserlichen Bismarck ihren Glän-  
zen an sich zu übergeben beabsichtigte. Wenn damals  
die rechtsstehenden Parteien gemeinsam mit der Einführung  
aus dem Reichstags abgestanden wären, sie hätten für die  
Ehre, mit den zurückbleibenden Herren weiter zusammen  
zu arbeiten, wenn sie nur einen Mann zurückgeben hätten,  
der die Bestimmungen der Reichstagswahlrechts des Hauses zu  
bezeugen, sie hätten eine Revision des Wahlrechts erlangen  
können, hätten dabei die öffentlichen Meinung für sich  
gehabt. Aber solche Gelegenheiten kehren nicht alle Tage  
wieder. Auch weiß ich nicht, welche Gesichter die lebenden  
Persönlichkeiten machen würden, wenn derlei geschähe. Alles  
in allem glaube ich nicht, daß irgendwelche Schritte zur  
Veränderung des Wahlrechts in Aussicht liegen. Über  
dies ist es für möglich, daß man sich mit der Sozialdemo-  
kratie vertragen. Bei uns ist alles möglich!“

Anders schon klingt die Ansicht eines Herrn, der Privat-  
person ist, aber hier und da für einen der kommenden  
Männer gilt und deshalb viele Feinde hat:

„Auch meiner Ansicht nach war Bismarck, als er das  
Wahlrecht, so wie es ist, schuf, nicht gut beraten. Es  
gibt vielen Dinge, die man nicht ändern, aber nicht  
zurücknehmen kann. Für meine Ansicht würde die  
Reinigung führen, die Verantwortung dafür zu übernehmen,  
das Reich den zurückbleibenden Herren anzubieten, die  
eine Veränderung des Reichstagswahlrechts mit sich bringen  
muß. Der Weg, aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten  
brennend zu kommen, liegt weiter. Die Situation, in der  
wir uns befinden, ist die Folge eines sehr alten Verfalls-  
zustandes, der nicht auf einmal zu beheben ist. Die  
System muß gebrochen werden. Ferner bedürfen wir  
solcher Persönlichkeiten in leitender Stellung, die dem Kaiser  
reinen Sinn einbringen, wie im dringendsten Interesse der  
Donaute und ihrer Zukunft auch der Hofe manches  
andere sein sollte, als es ist.“

In den letzten Wendungen kommt dieser Herr u. C. der  
Wahrheit am nächsten. Der sozialdemokratische Wahl-  
rechtsfall ist die Folge der Verärgerung weiter bürgerlicher  
Kreise, die durch sozialdemokratische Stimmabgabe ihres  
Herzens Meinung antrafen zum Ausdruck zu bringen  
glaubten. Damit entfällt aber auch die heute öfter geübte  
von dem zweiten der beiden Verträgen wiederholte  
Meinung, daß Bismarck, sobald er geleben hätte, welche  
Entwicklung das inopportunistische Leben Deutschlands unter  
dem Reichstagswahlrecht gegangen ist, selbst die Hand an  
sein eigenes Werk gelegt haben würde. Wir meinen, Bismarck  
hätte auch noch andre Wege gefunden, um dieser  
Verärgerung zu steuern, vor allem aber würde seine  
Führung der Reichstagswahlrechts besonders der auswärtigen Politik  
niemals eine so weitgehende politische Verdrossenheit herbei-  
geführt haben, wie wir sie heute vor uns sehen. Für  
Bismarck verstand im rechten Augenblicke immer die Massen  
der deutschen Bürger um große Danken zusammen-  
zuführen. Das heutige und der heutige erregt. Es ist  
darum falsch, Bismarck als Feigen zu bezeichnen. Die  
Entscheidung des Wahlrechts anzuführen, unter ihm würden  
die Parteienverhältnisse heute vermutlich wesentlich anders  
liegen, die Beschlüsse im bürgerlichen Lager und die  
daraus erwachenden Gefahren geringer sein. Trotz alledem  
würde diese Gefahren nicht so tiefgehend, wie sie mandem  
Schwarzfahrer erscheinen. Man darf trotz der Sozialdemo-  
kratischen Verärgerung und seiner politischen Einfalt  
Bismarck haben. Früher hatte Bismarck recht, als ihn  
dies sein Vertrauen zur Einführung des Reichstagswahl-  
rechts bestimmte. Und auch denen um Bismarck wird es  
unter den Klagen der Arbeiter nicht an Zugung fehlen.  
Selbst aber geist, das Gegenteil war. der Fall, so sind die

Gefahren für den Bestand des Staates noch lange nicht so,  
und werden es vermutlich nie werden, daß das renommierliche  
Drohen mit dem Umsturz von unten schon heute das  
Drohen mit dem Gewaltmittel eines Umsturzes von  
oben irgendwie zu rechtfertigen vermöchte. Freilich haben  
die in weitigen Uebersicht, sich darüber zu erregen, die sich  
selbst als die moralischen Urheber der Beunruhigung be-  
trachten müssen. W.

## Deutsches Reich.

Poln. u. Personalnachrichten.

Der Kaiser wird im September an den Hof Kaiser  
Franz Joseph nach Wien reisen. Er trifft, wie nummehr fest-  
steht, am Donnerstage des 18. September in Wien ein, wo ein  
zweitägiger Aufenthalt in Aussicht genommen ist. Von Wien  
begibt er sich, einer Einladung des Erzherzogs Friedrich  
folgend, nach dessen Festungen in Böhme in Linz. Wie  
berichtet, wird der Monarch am 20. September von Wien  
zurück nach Wodas fahren, wo von alledam an Bord eines  
Separatdampfers die Reise von a u a b w i r i s in die Weltischen  
Lagerreviere fortgesetzt werden soll. Dem Vernehmen nach be-  
absichtigt auch Kaiser Franz Josef an diesen Hochwolltaggen  
teilzunehmen.

Die Nordlandreise des Kaisers wird noch acht  
Tage wdhren. Die Rückreise wird in den Tagen von 18. bis  
14. August erwartet.

Vom 80-jährigen Regierensgebirtstags des Herzogs  
Ernst von Sachsen-Altenburg wird noch berichtet:  
Dienstag vormittag 8<sup>h</sup> Uhr veranlassen sich auf dem Schloß-  
hofe die vereinigten Männergängervereine, um dem Herzog ein  
Ständchen zu bringen. Nach Beendigung der Vorträge beschied  
der Herzog den Vorstand zu sich, um ihnen seinen Dank auszu-  
sprechen. Von 10 Uhr an empfing der Herzog die Abordnungen.  
Bei dieser Gelegenheit überreichte Herzoginmutter des  
Regierungsrat Dr. W. im Namen der Landchaft 100,000 M.  
und Kulturförderung die in der Stadt gesammelten 50,000 M.  
Diese Beträge werden für eine Herzog Ernst-Stiftung  
verwendet werden. Bei der Galalade erwiderte der Herzog  
auf den Trinkpruch seines Schwiegereltern, des Prinzen  
Albrecht von Preußen folgenden:

„Ich luebe den Preussischen Dank aus. Der Dank  
gehört Gurer Königl. Hoheit und den hohen Behörden  
und Gassen dafür, daß Sie gekommen sind, mit Blick zu  
wünschen. Gottes Güte hat über mir und meiner Regierung  
gewaltet und mir die Gnade geschenkt, fünfzig Jahre an der  
Spitze meines Altenburger Landes zu stehen. Wenn ich auf  
die geistliche Entwicklung meines Landes zurückblicke, kann  
ich nur um so viel danken, wie ich glücklich dieses Land  
über mir und meinem Lande gewaltet, wie ich auch durch  
schwere Zeiten hindurch geführt hat. Ich denke auch der  
Blickkreuze meiner Beamten und der Anfanglich-  
keit der Altenburger, die Freude und Leid mit mir und  
meinem Hause geteilt haben; dessen Liebe ist mir so reichlich  
zu teil geworden, daß ich gerührt und innig bewegt auch dafür  
dankbar muß. Ich luebe Sie, luebe Sie, luebe Sie, luebe Sie  
und Land, daß ich für die Beweise der Liebe und Treue von  
Herzen danke, die mir auch in Zukunft erbleiben mögen.  
Und wenn jeder auch am politischen Himmel sich  
Wolken zeigen: ich vertraue auf das selte Land, das  
zuwachsen führt und Volk besetzt. Mögen beide auch  
zueinander fest zusammenhalten! Ich trinke auf das Wohl  
meines alten Altenburger Landes! Hurra, hurra, hurra!“

Am 8. Uhr folgte eine Festschauung im Hofgarten. Zur  
Aufsichtung kamen u. a. „Bater Kreis“, Schachklub von St. Gerardi,  
und zum Schluß: „Die Subjugation der Städte“, Festklub von  
St. Wiegand. Mittwoch vormittag 10 Uhr folgte als Schluß  
der Festlichkeiten eine Audienz der Sachsen des ganzen  
Landes. — Der Kaiser wird, wie berichtet, den anlässlich des  
Regierungsjubiläum des Herzogs interesselosen Besuch in Alten-  
burg nur um so viel danken, wie ich glücklich dieses Land  
über mir und meinem Lande gewaltet, wie ich auch durch  
schwere Zeiten hindurch geführt hat. Ich denke auch der  
Blickkreuze meiner Beamten und der Anfanglich-  
keit der Altenburger, die Freude und Leid mit mir und  
meinem Hause geteilt haben; dessen Liebe ist mir so reichlich  
zu teil geworden, daß ich gerührt und innig bewegt auch dafür  
dankbar muß. Ich luebe Sie, luebe Sie, luebe Sie, luebe Sie  
und Land, daß ich für die Beweise der Liebe und Treue von  
Herzen danke, die mir auch in Zukunft erbleiben mögen.  
Und wenn jeder auch am politischen Himmel sich  
Wolken zeigen: ich vertraue auf das selte Land, das  
zuwachsen führt und Volk besetzt. Mögen beide auch  
zueinander fest zusammenhalten! Ich trinke auf das Wohl  
meines alten Altenburger Landes! Hurra, hurra, hurra!“

Prinz Eitel Friedrich von Preußen interniert  
mit seinen beiden militärischen Begleitern von Bonn aus einem  
Automobil-Ausflug nach Bonn. Nach Beendigung der drei  
Donner-Maare fuhr er mit seiner Begleitung über Manders-  
cheid nach Aler a. Mosel weiter zu einem kurzen Besuche bei  
dem Freiherrn v. Schörlener. Von hier aus erfolgte die  
Rückkehr per Automobil nach Bonn.

## Gochwasser und Unmiedatortrag.

Die Meldung der „Schl. Ztg.“, nach der Graf Bismarck  
dem Kaiser unmittelbar nach dessen Rückkehr von der Nordlandreise  
über die Hochwasserkatastrophe mündlich Bericht erstatten werde, ist  
an sich zutreffend. Es liege indes, so schreibt die Ztg. und wieder  
offiziös bediente „Preussische Korrespondenz“, den gespanntem  
Charakter der inopportunistischen Situation ver-  
kennen, wenn man annehmen wollte, daß bei der ersten Be-  
wegung zwischen Kaiser und Kanzler die Hochwasserkatastrophe  
als solche im Vordergrund des Interesses stehen werde. In  
ihm an sich, meint die Korrespondenz, ist wenig zu sagen; die  
Schätzungen zufolge ist der durch die Lebensleistungen im Drex-  
gebet angezeigte Schaden — wie übrigens meist in ähnlichen  
Fällen — nicht unmaßgebend so doch, als man dies angeht des  
entstellten Elementes an Ort und Stelle zu nächst annehmen.  
Es steht schon jetzt sehr in Frage, ob die zu seiner Rettung und  
zur Behebung des Hochwassers angeworbenen Summe von  
10 Millionen Mark für diejenigen Zwecke, für die staatliche  
Mittel und Weisheit nur in Betracht kommen können, voll im  
Anspruch genommen werden muß. Einen größeren Namen in der  
bevorstehenden Ausgabe wird das große Unglück ein-  
nehmen, mit dem fast von allen beteiligten Faktoren geeignete  
Schritte zur Behebung der gefährlichen und erregten Be-  
weiserung lange Zeit hindurch zu tun: werden sind. Wie  
weit wären, ist es an Wort der „Vollkommen“ besonders be-  
denkt worden, daß an die Kaiser in eine Auswegung,  
sich unmittelbar unter dem Eindruck der Gefahr in das Hoch-  
wasserkatastrophe zu begeben, nicht ergründeten ist. Aber





